

HÜSKENS: BREXIT-AUSSTIEG SCHLÄGT EINE TÜR FÜR ANDERE ZU

erschienen am 14. Juni 2019

[Bürger](#), [dialog](#), [Dr. Lydia Hüskens](#) [Facebook](#), [FDP](#), [FDP Sachsen-Anhalt](#), [Freie Demokraten](#), [Hüskens](#) [Instagram](#), [Landesregierung](#), [Landesverwaltung](#) [Lydia Hüskens](#), [Medien](#) [Messenger](#) [Sachsen-Anhalt](#), [Social Media](#) [Staatskanzlei](#) [whatsapp](#)

Dass die Staatskanzlei sich im Alleingang aus rechtlicher Bedenken aus Facebook zurückgezogen hat, stellt die

Landesvorsitzende der FDP, Lydia Hüskens, als inkonsequent und für die übrigen Landesbehörden verurteilend.

„Es macht keinen Sinn, wenn die Staatskanzlei wegen rechtlicher Bedenken unabhinstimmt, während andere Ministerien und Landesbehörden aktiv sind. Entweder sind die rechtlichen Bedenken für alle so handhaben oder sie sind es nicht, dann können wir es nicht.“ Der Alleingang erhöht für alle anderen Behörden, die mitentscheiden, das Risiko, Ziel einer Klage zu werden.

Lydia Hüskens mit den sozialen Medien auskennt weiß zudem, dass zu

Facebook, Twitter, Messenger-Dienst, WhatsApp und Instagram gehört. Alle Medien sind zu integrieren. Sich hier nur aus einem der Kanäle zurückzuziehen, wäre kontraproduktiv. Konsequenter wäre, wenn die Landesregierung eine einheitliche Strategie und alle sozialen Medien in sich schlüssige Regelung verabschiedet.

Aufgrund der großen Bedeutung der sozialen Medien nicht nur für junge Menschen, sollten solche Schritte aber nur dann folgen, wenn sie wirklich geboten sind.

„Die sozialen Medien sind in Sachen Kommunikation „nice to have“ mehr, sondern sie gehören zum Alltag, zur Mediennutzung und zum Dialog dazu. Wenn die Behörden sich hier abkoppeln, verpassen sie die Verwaltung den heutzutage möglichen direkten Dialog mit den Bürgern, die diese Medien nutzen,“ so Hüskens abschließend.